

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 1. Mai 1929

Nummer 35

Bezugspreis 1 Kll. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

Zum Weltfeiertag der Arbeit

Der vielbesungene Monat Mai hält wieder einmal seinen Einzug. Mag auch manches Menschenherz nach der langen, schweren Wintersnot mit ihrer großen Arbeitslosigkeit der Frühlingstimmung heuer nicht recht froh werden, gänzlich wird sich doch niemand dem Knospen und Blüten da draußen entziehen können. Die alles neugestaltende Naturkraft des Lenzmonats gleicht dem Strom des ewigen Feuers, das lebensbejahend im Herzen der Jugend aufleuchtet.

Ein Schimmer vom Glanze dieser Vision fällt auch auf den Tag, den die Arbeiter aller Kulturländer vor nunmehr 40 Jahren zum Kampftag ausgerufen. In glücklicher Anpassung an die Auferstehung in der Natur mit ihrem quellenden, drängenden Leben, das — jeden Widerstand überwindend — mit unübersteiglicher Gewalt sich Geltung verschafft, ist der erste Tag des Mai zu einem Symbol, zum Maiest der arbeitenden Menschheit geworden. Keine Staatsgewalt hat diesen Festtag eingeseht, keine Kirche hat ihn geheiligt, nein, die Arbeiterschaft selbst propagierte in tiefer Erkenntnis ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben und die gesamte kulturelle Entwicklung den 1. Mai zu ihrem internationalen Feiertag. Das ist es, was die Maifeier abet. Im Jahre 1889 waren hundert Jahre verfloßen seit der großen französischen Revolution, die nicht bloß Frankreich von der Herrschaft eines absoluten Königtums, eines übermühtigen Adels und einer bevorrechtigten Geistlichkeit befreite, sondern weit über die französischen Grenzen hinaus zur Geburtsstunde einer neuen Zeit wurde. Die Erinnerung an die erfolgreiche Revolution, die einen unauslöschlichen Einbruch auf alle Völker hinterlassen hatte; wurde 1889 von ganz Frankreich festlich begangen, und alle aufgeklärten und freiheitsliebenden Menschen feierten mit. In der Weststadt Paris war mit der Revolutionsfeier eine Ausstellung der Erzeugnisse der Arbeit aller Völker der Erde verbunden, wie sie großartiger die Welt bis dahin noch nicht gesehen. Zahlreiche internationale Kongresse fanden während dieser Ausstellung statt. Auch die Arbeiterschaft benutzte diese Gelegenheit zur Abhaltung eines Internationalen Arbeiterkongresses, der vom 14. bis 21. Juli in Paris tagte und von über 400 Delegierten aus 20 Ländern besucht war. Die deutsche Arbeiterschaft hatte allein 81 Vertreter entsandt, gewiß ein schöner Beweis von der Stärke ihrer Organisationen, die selbst unter dem zwölfwährigen Bestehen des Sozialistengesetzes sich verbreitert und vertieft hatten. Einer der wichtigsten Beratungsgegenstände des Pariser Kongresses war die internationale Arbeiterschutzeschgebung. Aus allen Ländern wurden der Welt erschütternde Bilder der Mißachtung und Mißhandlung menschlicher Arbeitskraft entrollt. In einer Resolution wurde schließlich unter Aufstellung konkreter Forderungen eine wirksame Arbeiterschutzeschgebung in allen Ländern, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, als absolut notwendig verlangt. Um dieser Resolution den erforderlichen Nachdruck zu geben und die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sie zu lenken, beschloß der Kongreß weiter, eine internationale Kundgebung am 1. Mai jedes Jahres zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an diesem Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschäftigten des Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

Wohl noch niemals hat der Beschluß eines Arbeiterkongresses die Gemüter so tief ergriffen und noch nie ist ein Beschluß mit solch einmütiger Begeisterung

beglückt worden wie die Maienbotschaft des Pariser internationalen Kongresses von 1889. Seitdem hat in allen Ländern der Welt die organisierte Arbeiterschaft am 1. Mai für den gesetzlichen Achtstundentag, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und für Völkerverständigung und Weltfrieden demonstriert. Nicht achtend giftige Schmähungen; Hungerpeitsche, Polizeischikanen und Gefängnisstrafen.

Anauhaltfam und unbeirrt hat die Arbeiterklasse innerhalb der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, die zwischen der Verkündung des 1. Mai als internationaler Kundgebung für Achtstundentag, Arbeiterschutzeschgebung und Völkerverbrüderung und der Gegenwart liegt, alle reaktionären Wälle überschritten. Dank der Geschlossenheit und Kampfesfreudigkeit der organisierten Massen ist inzwischen vieles erreicht worden. Wer als Arbeiter auf die letzten vier Jahrzehnte zurückblicken vermag, wird am besten beurteilen können, welche gewaltige Veränderungen seitdem eingetreten sind. Lebte der größte Teil der Arbeiterklasse zu jener Zeit noch in dem dumpfen Gefühl, leblos zum Arbeitstier geboren zu sein, so ist dieses niederdrückende Minderwertigkeitsgefühl jetzt so gut wie nirgends mehr vorhanden. Selbst dem rückständigsten Arbeiter ist inzwischen die Erkenntnis aufgeblüht, daß auch er ein Recht darauf hat, an den Errungenschaften der Kultur teilzunehmen.

Wenngleich auch der Mangel einer gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages den weiteren sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse noch erschwert, so ist doch nicht zu verkennen, daß es, dank der von den Gewerkschaften geleisteten tüchtigen Vorarbeit, mit Hilfe der Arbeitsschutzgesetzgebung gelungen ist, die durchschnittliche Arbeitszeitdauer auf ein erträglicheres Maß herabzudrücken. Vor vier Jahrzehnten war von einer achtstündigen Arbeitszeit noch nichts zu verspüren. Heute arbeitet der größte Teil aller Hand- und Kopfarbeiter in Deutschland täglich acht Stunden und darunter. Aber die letzten Verhandlungen vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die der nationalen und internationalen Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit als Höchstgrenze entgegengesetzt werden. Im Kampf um die Erreichung dieses Zieles darf die Arbeiterschaft nicht erschlagen. Die Maifeier dient im besonderen Maße dazu, die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern ständig im Fluß zu erhalten, überall Kräfte zu mobilisieren gegen die Hinauszögerung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und für die Festlegung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages.

Im engsten Zusammenhang hiermit steht der Kampf um den gesetzlichen Schutz der Arbeitskraft, um den Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Sozialpolitik ist im Laufe der Zeit zu einem Gebiet geworden, auf dem sich die Gewerkschaften in hervorragendem Maße zum Segen der Arbeiterschaft praktisch betätigen. Kein sozialpolitisches Gesetz kann heute in Deutschland verabschiedet werden ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften. Welche Wandlung zwischen einst und jetzt! Die ehemals so verpönten Gewerkschaften, die selbst von hervorragenden politischen Arbeiterführern höchstens als ein notwendiges Übel betrachtet wurden, sind heute als die eigentlichen Träger jener Ideale wirtschaftlichen, kulturellen und ethischen Charakters anzusehen, die dem Gedanken der Maifeier zugrunde liegen. Gesetzliche Festlegung des Achtstundentages bedeutet Ordnung an Stelle der Unternehmerwillkür im Wirtschaftsleben; Arbeiterschutzeschgebung bedeutet Sicherung der Existenz für die werktätigen Massen; Völkerver-

ständigung und Weltfrieden bedeuten ein Ende des entsetzlichen Völkermordens!

Gerade durch die gefeierten Pariser Reparationsverhandlungen wurde es dem deutschen Volke wie mit Keulenschlägen zum Bewußtsein gebracht, in welches Anglück es seine früheren Machthaber geführt haben. Für die zukünftige Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens — und damit auch für das Schicksal der Arbeiterschaft — wird vieles abhängen vom Verlauf und Ergebnis der endgültigen Verhandlungen. Keine Bevölkerungsschicht verspürt den engen Zusammenhang zwischen Politik und persönlichem Schicksal so empfindlich am eignen Leibe wie die Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde muß auch in einer Maibetrachtung an die drohenden Gefahren erinnert werden, die die egorbitant hohen Forderungen des Entente-Kapitalismus einschließen. 120 Milliarden Goldmark soll das deutsche Volk in den nächsten 58 Jahren ohne jede Gegenleistung seinen ehemaligen Kriegsgegnern zur Verfügung stellen. Dagegen energisch Protest einzulegen muß die Arbeiterschaft am 1. Mai gleichfalls Gelegenheit nehmen. Wenn sie im eignen Lande den Kapitalismus bekämpft, dann will sie erst recht nicht der Arbeitssklave des internationalen Finanzkapitals auf Jahrzehnte hinaus sein! Von völkerverwendenden Einflüssen weiß sich die deutsche organisierte Arbeiterschaft frei. Sie fühlt sich eins mit ihren Genossen gleichen Schicksals und gleichen Hoffens in aller Welt.

Von jeher ist die Maifeier eine Heerschau der gewerkschaftlichen Kampfesorganisation gewesen. Die Notwendigkeit der inneren Geschlossenheit dieser Organisation ist aber wohl noch bei keinem Maifesttage so einleuchtend erschienen wie diesmal. Leider aber fehlt es in der Arbeiterbewegung noch immer an einem Minimum von Einigkeit in grundsätzlichen Fragen. Es ist ein tragisches Geschick der Arbeiterschaft, daß sie parteipolitisch gespalten ist, aber entschlossen traug wäre es geradezu, wenn diese Spaltung auf die Gewerkschaften übergreifen und ihre Stoßkraft lähmen würde. Die Gewerkschaften müssen das natürliche Bindeglied und die wertvollste Waffe der Arbeiterschaft bleiben. Viele Freizeiten, die von den Gewerkschaften im Laufe der Zeit erkämpft wurden und die dem einzelnen Arbeiter heute so selbstverständlich vorkommen wie die Luft, die er atmet, sind Erfolge jahrzehntelangen, opferreichen Ringens und Strebens. Gewiß läßt die materielle Gesamtanlage der Arbeiter noch viel zu wünschen übrig. Auch rechtlich und ideell gehören sie vielfach noch zu Stiefkindern in Staat und Wirtschaft. Das darf aber nicht zur Verkennung dessen führen, was bisher erreicht worden ist. Weibendes läßt sich nur im langsamen Umwandlungsprozeß gestalten, nicht aber durch Anwendung brutaler Gewalt. Die Maifeier dient in erster Linie dem Zweck, einen feilschen Kontakt unter den Schaffenden aller Länder herzustellen, sie anzuregen zu geistigem Mitschaffen an Werbeten. Wenn das Denken moralische Kraft haben soll, dann muß es herauskommen aus dem Zusammendenken aller einzelnen, daraus erwächst erst die Grundlage zu sozialistischem Handeln. In diesem Sinne für den tieferen gedanklichen Inhalt der Maifeier zu begeistern, muß Zweck und Ziel jeder demonstriativen Veranstaltung am 1. Mai sein und bleiben. Nicht auf die äußerliche Form der Maifeier kommt es an, sondern auf ihre innerliche Ausgestaltung, auf die Erweckung des Bewußtseins in allen Teilnehmern, daß sie sich verbunden fühlen in der Idee der Völkerverbrüderung und Menschheitsverbrüderung, im Kampfe um die Aufwärtsentwicklung der arbeitenden Menschheit!

Arbeiterchaft und Staatsgedanke

In einem Staate ist der einzelne nicht nur für sich, er ist zugleich für alle da; es ist seine Aufgabe, die gesellschaftliche Freiheit aller, es ist seine Pflicht, die stützende Grundlage des Staates gegen Gewalt zu schützen.

Vassalle.

Wenn man vom Staatsgedanken innerhalb eines Volkes spricht, so verstehen wir darunter seine Verbundenheit mit dem Staat, in dem es lebt und in dessen Grenzen es seine wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen sucht. Dem Staate wird die Nation gleichgestellt. Statt Staatsgedanken spricht man deshalb auch viel häufiger von Nationalbewußtsein, das je nachdem in den einzelnen Staaten mehr oder weniger ausgeprägt ist die Erscheinung tritt. Die Begriffe Staat und Nation deuten sich jedoch nicht ohne weiteres miteinander. Als Nation betrachten wir eine gewisse Naturgemeinschaft, die auf gleicher Völkermischung, Abstammung, Rassen- und Sprachgemeinschaft innerhalb eines bestimmten geographischen Lebensraumes beruht, aus der sich unter gleichartigen Lebensbedingungen und Schicksalsverhältnissen allmählich eine Art Schicksals- und Kulturgemeinschaft entwickelt.

Dieser Definition steht eine andre gegenüber, die den Begriff Nation lediglich als eine Sprachgemeinschaft aufsaßt, wobei auf die gesellschaftlichen Beziehungen hingewiesen wird, die angeblich die Herausbildung eines Nationalcharakters nicht zulassen. Sie gründet sich darauf, daß die heutigen großen Nationen als fertige, in sich abgeschlossene Gebilde betrachtet werden, ohne ihren historischen Entstehungs- und Entwicklungsprozeß zu berücksichtigen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, wird der Nationalcharakter eines Volkes nur als Phantasie betrachtet. Das ist jedoch ein Irrtum! Wohl ist — wie Cunow in seinem Buche „Die Marzische Geschichte, Gesellschafts- und Staatstheorie“ bemerkt — die Sprache das stärkste Mittel, das die Glieder einer Nation miteinander verbindet, aber nicht allein ausschlaggebend. Hingru kommen noch andre, nicht minder starke Wechselbeziehungen, die auf der einen Seite ein Gemeinschaftsgefühl, auf der andern Seite Gegenseitigkeit gegenüber andern Nationen hervorrufen.

Das gilt auch für die bestehenden Klassengegenstände. Wohl ist es nicht ausgeschlossen, daß in einer Nation mit schärfster Klassenscheidung bei Konflikten zwischen verschiedenen Nationen die eine oder andre Klasse der einen Nation sich mit der gleichartigen Klasse der andern Nation soweit solidarisch fühlt, daß sie gegen die eigene Nation Stellung nimmt. Das kann besonders dann eintreten, wenn eine solche Klasse unterdrückt ist, und ihr nur ein geringer Anteil am nationalen Leben eingeräumt wird. Doch sind das Ausnahmen, auf keinen Fall aber Folge des Klassenbewußtseins. Im Gegenteil kann gerade das Klassenbewußtsein zu einer mächtigen Verstärkung des nationalen Bewußtseins führen, besonders dann, wenn eine Nation von der andern gewaltsam niedergebunden und als minderwertig behandelt wird.

Beispiele dieser Art haben wir in der Geschichte genug, wie unter solchen Umständen nationale Bewegungen entstanden und auch die Arbeiterchaft ergriffen. Es braucht dafür nur auf Irland, Elsaß-Lothringen und die slavischen Länder hingewiesen werden. Auch in Deutschland ist, angefaßt durch den Weltkrieg und verstärkt durch die Wirkungen des Versailles Friedensvertrags, eine nationale Bewegung entstanden, die sich nicht nur auf die bürgerlichen Kreise beschränkt und nur durch den mäßigen Einfluss der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung eingedämmt wird, der bisher sonst unvermeidliche Konflikte mit den Siegerstaaten verhindert.

Dem Nationalbewußtsein nahe verwandt, aber doch anders geartet ist der Staatsgedanke. Nach Marx ist der Staat keine Gesellschaft, auch keine bestimmte Gesellschaftsform, sondern eine öffentliche Gemeinschaft oder, wie er sich in seinen Schriften meist ausdrückt, ein politisches Gemeinwesen, eine Verfassungsorganisation. Unter dem Wort „Verfassung“ versteht Marx nicht ein niedergeschriebenes paragrafenmäßiges Verfassungsrecht, sondern jede, die Gemeinschaftsmitglieder gegenseitig verbindende und verpflichtende Rechtsregelung. Ähnlich bezeichnet Engels den Staat als ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe. Sein Entstehen wird von ihm als das Eingeständnis der Gesellschaft betrachtet, daß sie sich in einen unlösbaren Gegensatz mit sich selbst verwickelt und in unvermeidliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit diese aus der Klassenscheidung mit widerstrebenden ökonomischen Interessen die Gesellschaft nicht in fruchtlosen Kämpfen verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig, die den Konflikt dämpfen und innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll. Und von dem modernen kapitalistischen Staat sagt Engels in seinem „Anti Dühring“, daß er nur die Organisation sei, die sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten gegen Übergriffe der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form ist, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideale Gesamtkapitalist.

Auf diese Auffassung ist denn auch das in der Arbeiterbewegung vielfach angewendete Schlagwort vom „kapitalistischen Klassenstaat“ zurückzuführen, mit dem die Arbeiterchaft keine Gemeinschaft haben kann, weil er ihren

Bestrebungen auf Verbesserung ihrer sozialen Lage feindselig entgegentritt. Aus ihr entspringt denn auch die Feindschaft der Arbeiter gegen den kapitalistischen Staat, was der Entwicklung des Staatsgedankens unter den Arbeitern entgegenwirken mußte. Der Staat war nicht der ihre, sondern der Staat der Besitzenden, der Reichen, der Staat ihrer Ausbeuter und Unterdrücker!

Diese Einstellung wurde in Deutschland durch die vorhandene staatliche Zersplitterung und die sich hieraus ergebenden Mißstände stark gefördert, woran auch die Reichsgründung nichts änderte. Im Gegenteil führte der sich in ihrem Gefolge entwickelnde Imperialismus dazu, diese Einstellung zu verschärfen. Der Staat blieb das Herrschaftsinstrument der bestehenden Klassen! Die Bestrebungen der Arbeiter mußten deshalb darauf hinauslaufen, den Besitzenden dieses Instrument zu entreißen. Das Mittel dazu war die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur des Proletariats, die dem bestehenden Staate ein Ende bereite, die Produktionsmittel vergesellschaftete und an seine Stelle eine Verbindung von Wirtschaftsorganisationen setzte. Vorausgesetzt wurde dabei, daß sich die proletarische Bewegung immer schneller ausbreitet, die große Masse der Bevölkerung gewinnt und so zu einer entscheidenden Mehrheit wird, die sich der Staatsmaschinerie bemächtigt. Diese Vorstellung war durchaus folgerichtig und demokratisch. Schon im kommunistischen Manifest, das diese Ideologie entwickelt, wird hervorgehoben, daß alle bisherigen Bewegungen Folge von Minoritäten, aber im Interesse dieser Minoritäten gewesen seien. Die proletarische Bewegung dagegen sei die Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse dieser Mehrheit. Es wird hier also im Gegensatz zu der von den Bolschewisten in Rußland aufgerichteten Rätebidatur, die sich zu unrecht auf Marx beruft, eine durchaus demokratische Entwicklung vorausgesetzt. Erst wenn das Proletariat kraft seiner großen Mehrheit der Bevölkerung den Staat erobert, wird es zur Herrschaft gelangen. In diesem Falle braucht es auch nicht darauf verzichten, demokratische Regierungsformen anzuwenden, vielmehr wird es gerade dadurch vor aller Welt zu seinem Vorgehen legitimiert, Institutionen zu schaffen, die den Mehrheitswillen zum Ausdruck bringen.

In der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nehmen jedoch die Dinge eine andre Gestalt an, als sie theoretisch vorausgesehen werden. Unter ihrem Zwange müssen sich die Auffassungen ändern! Wenn daher die Arbeiterchaft nach wie vor nach Eroberung der politischen Macht strebt, so hat sie doch auch kennengelernt, wie sehr sie zugleich der wirtschaftlichen Macht bedarf, und diese von dem Staat und seinen Institutionen untrennlich ist. Aus diesem Grunde ist die Arbeiterchaft von dem Gedanken, den Staat zu erobern, um ihn zu zerstören, längst abgekommen. Das Ergebnis einer solchen Zerstörung wäre ja auch nur ein neuer Staat und daher zwecklos, da sich die von den Arbeitern geforderte staatliche Umwidmung auf andern Wege schmerzloser erzielen läßt, übrigens bereits vollzieht.

Der Staat von heute zeigt ein wesentlich andres Gepräge als der Staat vor hundert Jahren. Bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte seine Umstellung ein, zunächst langsam und zögernd, dann mit der aufwärts gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung immer schneller fortschreitend bis zum Ende des Weltkrieges, wo sie durch die staatliche Umwidmung noch ein weiteres Stütz vorangetrieben wurde. Der alte Obrigkeitsstaat wandelte sich zum Verwaltungsstaat, zu einer großen Wirtschaftsgemeinschaft um, mit der auch das Interesse des Arbeiters weitgehend verknüpft ist. Wirtschaftsfunktionen, die früher von einzelnen oder von Korporationen ausgeübt wurden, sind vom Staat übernommen worden. Er ist der größte Unternehmer! In seiner Verwaltung stehen die wichtigsten Verkehrsmittel, die Post sowie zahlreiche andre dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen, Versicherungsanstalten usw. Andre Einrichtungen ähnlicher Art unterliegen seiner Aufsicht und seinem bestimmtem Einfluß, wie z. B. der Arbeiter-, Frauen-, Jugendlichen- und Kindererschutz sowie die sich damit verbindende Fürsorge, ferner das Unterrichts- und Erziehungswesen.

Mit dieser Wandlung haben sich auch im Gefüge und im Aufbau des Staates wesentliche Änderungen vollzogen. Der alte Obrigkeitsstaat beschränkte seine Tätigkeit vorwiegend auf die politische Verwaltung nach innen und außen. Seine Herrschaft war selbst unter dem scheinunkonstitutionellen wilhelminischen Regime eine absolute. Der heutige parlamentarische Staat hat diese Macht nicht mehr! Er ist zum Volksstaat geworden, auf dessen Gestaltung und Tätigkeit auch diejenigen maßgebenden Einfluß erlangt haben, die vorher nur Objekt der Gesetzgebung waren. Ist dieser Einfluß zur Zeit noch nicht so stark, wie es der Fall sein könnte, so ist nicht der Staat hierfür verantwortlich zu machen. Die Ursache liegt vielmehr darin, daß breite Volksmassen noch nicht begriffen haben, welche Macht ihnen durch die erweiterten politischen Rechte in die Hand gegeben ist. Zu ihnen ist der neue Staatsgedanke noch nicht zum Leben erwacht! Das ist ein bedauerlicher Mangel, der sich nur durch politische und wirtschaftliche Aufklärung beseitigen läßt. Die organisierte Arbeiterchaft ist bestrebt, diese Aufklärung zu verbreiten. Unter den Wirkungen ihrer Bestrebungen treibt der kapitalistische Staat seiner Auflösung entgegen, um von dem auf höherer Entwicklungsstufe stehenden sozialpolitischen Wirtschafts- und Verwaltungsstaat abgelöst zu werden.

Korrespondenzen

Altenburg. Unsere mittelmäßig besuchte Bezirksversammlung am 5. April beantwortete die Wieder- bzw. Neuaufnahme einiger Kollegen und beschloß den Ausschluß eines Bruders, der den Lohn eines Kollegen unterschlagen hat. Hierauf begrüßte Vorsitzender Reichardt alle Neuausgewählten, die restlos in den Verband übergetreten sind und verband damit den Wunsch, daß die jungen Kollegen treue Mitglieder werden und vor allen Dingen bei allen kollegialen und fortpflanzenden Veranlassungen zu sehen sein möchten. Anschließend wurden die Anträge zum Gantag durchberaten, um so den Delegierten Richtlinien zu geben. Die Aussprache über den 1. Mai zeitigte das Ergebnis, durch Vereinbarung mit den Prinzipalen den 1. Mai als Wahlfesttag zu bekommen und dafür den Bußtag einzutauschen. Mit der Entgegennahme des Kartellberichts und der Bekanntgabe einiger Informationen und örtlichen Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. Abgesprochen. Unsere gut besuchte Frühjahrs-Bezirksversammlung fand am 7. April in Bernburg statt. Der Gesangsverein „Gutenberg“ Abgesprochen leitete sie durch Vortrag eines Liedes ein. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten referierte Kollege Karl Heimholz (Berlin) über das Thema: „Aus der Zeit — für die Zeit“. In fünfviertelstündigen Ausführungen wußte der Redner seine Zuhörer zu fesseln, und reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Da er auch die letzten Lohnverhandlungen und die Nichtbindung des Manteltarifs gestreift hatte, setzte eine rege Diskussion ein, die sich aber dennoch in sachlichen Bahnen bewegte. Nur ein der KPD angehörender Stäffurter Kollege antwortete in der Diskussion mit einem Gegenreferat, an dem Kollege Helmholz im Schlusswort mancherlei geradezurück hatte. Nach der Mittagspause wurden die Anträge zum Verbands- und Gantag durchgeprochen; sie fanden einstimmige Annahme. Auch die Vorschläge für die Kandidaten zum Verbands- und Gantag fanden rasche Erledigung. Unter „Tariffriedem“ wurden die Beschlüsse einstimmig einer Kritik unterzogen. Ein Oberlehrer der Staats hat nicht stattgefunden. Als Ort der Herbstbezirksversammlung wurde Abgesprochen gewählt. — Ein gemüthliches Kränzchen hielt die Kollegen bis zur Währ der Züge beisammen.

Weißen (Oberst.) Vierteljahrsbericht. Die Organisationsfähigkeit war auch im ersten Vierteljahr reger. In drei Versammlungen wurden unsere Berufswünsche wahrgenommen und so manches zu unserer Zufriedenheit erledigt. Die Versammlungen besaßen sich in der Mehrzahl mit dem diesjährigen Gantag. Anträge zum Gau- und Verbandsstag wurden beschloßen. Eingehend besaßte sich die letzte Versammlung mit dem gefälligen Lohnabkommen, das die Kollegen als völlig ungenügend betrachteten. An Vorträgen wäre der des Kollegen Meierich zu erwähnen, der das Siedlungsproblem eingehend behandelte. Unsere Bibliothek erhielt eine willige Umgestaltung. Der Versammlungsbesuch war immer ein reger.

Dessau. In der am 7. April hier abgehaltenen Bezirksversammlung erstatteten die Vertrauensmänner der einzelnen Orte, nachdem vom Vorsitzenden des Ablesens unseres Verbandsvorsitzenden Joseph Seitz in ehrenden Worten gedacht worden war, Bericht über die tarifliche Verhältnisse. Die Lohnzulagen befriedigten in keiner Weise, da sie nicht den berechtigten Erwartungen entsprachen. Hierauf folgte ein leichtverständliches Referat des Kollegen Heisehartz (Leipzig) über das Thema „Arbeitsrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit“. Es fand überaus beifällige Aufnahme. Sodann wurden zwei Anträge zum Verbandsstag besprochen und angenommen. Als Delegierte zum Verbandsstag wurden die Kollegen Hamann (Dessau) und Sens (Röben) vorgeschlagen, desgleichen zum Gantag zehn Kollegen, von denen fünf zu wählen sind. Nachdem noch einige Anfragen ihre Erledigung gefunden hatten, schloß Bezirksleiter Hamann die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Tagung belebend auf die Verbandsarbeit wirken möge.

Döbeln. Unsere Bezirksversammlung am 7. April hatte erfreulichweise einen guten Besuch aufzuweisen. Ausgesamt hatten sich 58 Kollegen eingefunden. Vorsitzender Fröbel begrüßte die Erschienenen, besonders erstmalig unsern Gauvorsitzer Sahlan (Dresden). Sodann gab letzterer einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen. Wenn das Ergebnis auch nicht völlig befriedigen könne, so sei es immerhin ein Erfolg, in freier Vereinbarung zu einem Resultat gekommen zu sein. Auch durch den Schlichter wäre kaum mehr zu erwarten gewesen. Dies bewies die in letzter Zeit gefällten Schiedsprüche. Starker Beifall dankte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Inzwischen war eine Resolution eingegangen, die einstimmige Annahme fand. Sie lautete: „Die am 7. April in Rochwitz tagende und fast besuchte Versammlung der Gewerkschaft des Bezirks Döbeln erklärt das Lohnabkommen den Erfordernissen des Lebensfalls auf keinen Fall als angemessen im Vergleich zu der Höhe des Drucktarifs sowie der Abkommens- und Inletenpreise. Lediglich aus Gewerkschaftsdisziplin und die Berücksichtigung der unsern Vertretern entstehenden Hindernisse steht die Kollegenchaft von Sonderaktionen ab und spricht der Verbandsleitung und der Gewerkschaftsvertretung das Vertrauen und die Aufrechterhaltung aus, zu gebener günstigerer Zeit der geschlossenen Front der Prinzipale die unerschütterliche Einigkeit der Verbandschaft entgegenzustellen.“ Hieran schloß sich eine kurze Aussprache, die Gauvorsitzer Schumann mit einem zu reger Organisationsarbeit anfeuernden Schlusswort beendete. Abdann wurde unser Vorsitzender, Kollege Fröbel, als Delegierter zum Verbandsstag mit großer Mehrheit aufgestellt. Der Tagesordnungspunkt „Berichtsangelegenheiten“ fand rasche Erledigung. An die Versammlung schloß sich ein gemeinsames Mittagmahl.

Dresden. (Korrekturen.) Schon wieder hat uns der Tod zwei treue Kämpfer entzissen: im Februar Kollegen Janßen und im März Kollegen Richter, der besonders durch rege Mitarbeit im Redaktionsausschuß der Sparte große Arbeit gebracht hat. Kollege Dörsch widmete beiden

einen ehrenvollen Nachruf. — Die Februarversammlung brachte uns einen Vortrag über „Arbeiterkraft und Körperpflege“. Schriftleiter F r i z S c h r e i b e r verband es in ausgeglichener Weise, die Bedeutung jeglicher Leibesübungen für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu erklären. Redner geißelte die Rekordbaherei bürgerlicher Sportvereine und setzte die gewerkschaftsfeindlichen Wertpapiere ins rechte Licht. — In der gut besuchten Märzversammlung bot uns Kollege M ä y o l d einen Lichtbildervortrag: „Eine Wanderung durch unsere Heimat.“ Die Freunde an den vortrefflichen Bildern und dem interessant aufgebauten Vortrag war allgemein. Da es unser Vorhaben war, die Versammlungen durch anziehende Vorträge zu beleben, dürfen sich die Versammlungsführer nicht damit entschuldigen, daß ihnen nichts geboten würde. Auch die der Sparte noch fernstehenden Korrektoren sollten restlos einsehen, daß sie bei unsern Zusammenkünften nur lernen können.

Wagdeburg. Zu dem uns vom Kollegen Lehmkühf, Vorsitzender des Angestelltenrats der Firma Pfannkuch & Co. („Wagdeburger Volksstimme“) zugegangenen Bericht in Nr. 33 des „Korr.“ wurde uns vom Betriebsrat der genannten Firma mitgeteilt, daß er mit jenem Bericht nichts zu tun hat. Besonders protestiert er gegen die Verdächtigungen seiner Mitarbeiter. Dem Ersuchen des uns persönlich bekannten Verfassers des Berichts in Nr. 33 um beschleunigte Veröffentlichung kamen wir nach in der selbstverständlichen Annahme, daß in der sachlichen Beurteilung der geschilderten Vorgänge zwischen Betriebsrat und Angestelltenrat Übereinstimmung bestünde. Das ist, wie uns erst nachträglich mitgeteilt wurde, jedoch nicht in jeder Beziehung der Fall. **S c h r i f t l e i t u n g.**

Waldenburg. (H a n d f e g e r.) In der Bezirksversammlung am 17. März wurde vom Kollegen S p r i n g e r eröffnet, der alle Erschienenen willkommen hieß. Insbesondere begrüßte er den Vorsitzenden der Maschinenreißer-Vereinigung für den Bezirk Waldenburg, Kollegen Mahner, und den Ortsvereinsvorsitzenden, Kollegen Gutsch. Beide wünschten der Versammlung guten Verlauf und Erfolg. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassierbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über das erste Vereinsjahr. Er führte unter anderem aus, daß 118 Kollegen von etwa 150 Kollegen vom Kassten in der Bereinigung organisiert sind. Das bedeutet einen gewaltigen Aufschwung seit Gründung der Vereinerung vor einem Jahre mit 30 Kollegen. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Hierauf berichtete Kollege F r e i g e (Breslau) über die Handseher-Vorstandskonferenz in Berlin. Obgleich der „Korr.“ und die „Mittelungen“ sehr ausführliche Berichte gebracht haben, so verstand es der Referent doch, einige Punkte der Konferenz noch näher zu skizzieren. Die Versammlung folgte mit großem Interesse den Ausführungen. Unter „Mittelungen und Besprechungen“ wurde die Wanderverammlung der Breslauer Vereinerung soll in Waldenburg eine gemeinsame Versammlung abgehalten werden, an der auch die Kollegen der neu gegründeten Wegnitzer Vereinerung teilnehmen. Über den Zeitpunkt und Versammlungsort gingen die Meinungen sehr auseinander. Zuletzt schlug Kollege K ö h l e r vor, es dem Vorstand der Waldenburger Vereinerung zu überlassen, wo und wann die Versammlung stattfinden wird. — Abschließend fanden eine gemeinsame Mittagstafel und ein kleiner Spaziergang nach der Schillerhöhe statt.

Witzburg. (M a s c h i n e n f e g e r.) Am 30. März fanden sich hier die Delegierten der Bayerischen Maschinenreißer-Vereinigung zu einer G a u v e r s a m l u n g zusammen. Kollege S t r o b e l (München) eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung der Delegierten der Bezirksvereine sowie des Gauvorsitzers Döbling und des Kollegen Glätner als Vertreter der Mitgliederschaft Witzburg. Den Witzburger Kollegen dankte der Vorsitzende für den freundlichen Empfang und die umsichtigen Vorbereitungen. Infolge der in den drei letzten Jahren erfolgten Drücklegung von Jahresberichten des Vorstandes der Gauvereinerung, die allen Mitgliedern zugesandt wurden, konnte der Vorsitzende sich beim Punkt „Vorstandsbericht“ auf ergänzende Angaben beschränken. Von den Delegierten wurde allgemein die gute Zusammenarbeit von Gauvereinerung und Bezirksvereinen hervorgehoben, die sich seit dem letzten Gaugang (1926) entwickelt hat. Kollege G r u b e r (München) teilte mit, daß der dortige Vorsitzende, Kollege August G e l, schwer erkrankt ist. Dies wurde alleseitig bedauert und dem Wunsch des bisheriger Ausdrück gegeben. Der Punkt „Neuwahl“ ergab die einstimmige Wiederwahl der amtierenden Kollegen (S t r o b e l als Vorsitzender und F i f f e r als Kassierer). Zu den Berichten aus den Bezirken brachte u. a. der Vertreter Mühlbetsz zur Kenntnis, daß in einer dortigen Großdruckerei den Maschinenführern durch systematische Schikanen und Kleinstele Kontrolle das Arbeiten sehr erschwert werde. Kollege S o b e z a l (München) hielt sodann ein zusammenfassendes Referat über die abgehaltenen technischen Vorträge. Längere Zeit beanspruchte die Behandlung der eingelaufenen Anträge, die teils tariflicher, teils organisatorischer Natur waren. Die freispringer Kollegen hatten sich schon seit einem Jahr vom Bezirksverein München abgegliedert und stellten den Antrag, als selbstständiger Bezirksverein zu gelten. Mit der Begründung konnten sich die Delegierten zwar nicht einverstanden erklären, stimmten aber dem Wunsch der freispringer Kollegen hinsichtlich doch in der Mehrheit zu. Um Weiterholungen solcher Vorgänge zu verhindern, wurde ein Antrag München folgenden Inhalts einstimmig angenommen: „Anbezogen in der Bezirkseinteilung können nur auf einer Gauversammlung vorgenommen werden.“ Durch die speziell mit Einsehen der schlechtesten Konjunktur an Häufigkeit vorgenommenen, oft bis ins Unersichtbare gesteigerten Leistungsforderungen der Prinzipalität, die als Gegenwirkung von unserer Seite eine genaue Kenntnis und Auslegung der einschlägigen Tarifpositionen erfordern, fanden folgende Anträge einstimmige Annahme: „In den Technischen Mittelungen sind Fragen spezialartlicher Natur, insbesondere soweit sie der Leistungsrechnung dienen, ausgiebiger als bisher zu behandeln.“ — Es ist in jeder Gauvereinerung eine Berührungsstelle einzurichten, die in der Lage ist, Auskünfte über Errechnung der Leistung zu

geben.“ Der Maschinenreißerschule in München wurde in Folge der großen Zahl von arbeitslosen Maschinenführern jede Berechtigung abgeprochen. Insbesondere seien die Ausbildungskurse vollständig überflüssig. Ein Antrag Münchens, durch Kollegen K ö h l e r vertreten, der das Verbot der Beschäftigung von Frauen an den Schmajchinen bezweifelt, wurde einstimmig angenommen. Die Anträge tariflicher Natur werden zur weiteren Behandlung dem im Juni stattfindenden Kongress überlassen. Infolge der Beitragserrhöhung an die Zentralkommission durch die Kasse der Gauvereinerung machte sich eine Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. pro Monat und Mitglied notwendig. Außerdem wurde beschlossen, im ganzen Gau eine gleichzeitige Aufnahmegebühr von einer Mark und eine Wiedererfassungsgebühr von 2 M. zu erheben. Dadurch soll vor allem erreicht werden, daß sich die Mitglieder bei



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Robert Lenz in Stettin
Eingetreten: 1. Mai 1879 — F. Sesslandsche Druckerei in Stettin



der Abreise mehr um ihre Spartenbildner kümmern, als es bisher vielfach der Fall war. Der für dieses Jahr geplante und durch Terminschwierigkeiten verschobene Erste bayerische Maschinenreißertag, an dem sich alle bayerischen Maschinenreißer zusammenfinden sollen, wird im Jahre 1930 in München stattfinden. In seinem Schlusswort dankte der Vorsitzende S t r o b e l den Delegierten für die von Sachlichkeit getragene rege Ausprache während der fast zehntägigen Tagung. Er appellierte noch an die Vertreter, daß sie ein wachsameres Auge auf alle Miststände speziell in den kleineren Druckereien haben möchten, und bat um schnelle Mitteilung von unsrer Interessent schädigenden Fällen. Gegen 11 1/2 Uhr abends wurde die zum Nutzen der Sparte wie des Verbandes harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen. — Am Donnerstagvormittag beschäftigten die auswärtigen Delegierten, soweit sie nicht an Gaugang des Gaues Bayern teilnehmen mußten, die schöne Stadt am Main und trafen sich um 11 Uhr zu einem Frühstück mit den Witzburger Kollegen im Gasthof „Stadt Mainz“. Diese gemütlichen Stunden bei Musik, Gelangens- und humoristischen Vorträgen aus dem Witzburger Kollegenkreis werden, wie der Festabend im „Majshofen Garten“ sowie die Tage in Witzburg überhaupt, jedem Teilnehmer in froher Erinnerung bleiben.

Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfung. Vor der Handwerkskammer der Pfalz in Kaiserslautern unterzogen sich 24 Prüflinge (17 Seher, 6 Drucker und ein Stereotypist) der Gehilfenprüfung. Von den Sehern erhielt einer die Note „Sehr gut“, 11 erhielten 2 die Note „Sehr gut“, 3 „Gut“ und einer „Genügend“. Der Stereotypist bestand die Prüfung mit „Gut“. Das Wissen der jungen Kollegen läßt in Bezug auf Rechtschreibung manches zu wünschen übrig. — In Offenbach a. M. wurden geprüft 12 Seher und 6 Druckerlehrlinge. Von ersteren erhielten die Note „Sehr gut“ 3, „Gut“ 4, „Ziemlich gut“ 4 und „Genügend“ ein Lehrling. Von den Druckerlehrlingen erhielten „Gut“ 3, „Ziemlich gut“ 2 und „Genügend“ ein Lehrling.

Drucksachen der Fachauschüsse. Gelegentlich der Gauvereinerungskonferenz und des Verbandstages zu Frankfurt a. M. wird eine Ausstellung von Fachschularbeiten und Verbedruckungen der Lehrlingsabteilung unsres Verbandes sowie anderer freigewerkschaftlicher Verbände mit Augenabteilungen veranstaltet. Einbezogen werden sollen die aus der Durchführung der Lehrlingsordnung hervorgegangenen Drucksachen. Alle Lehrlingsordnungen und neuzeitlichen Prüfverträge sind bereits in unserm Beilig; dagegen ist die Einsendung der sonstigen Drucksachen aus allen Fachauschüssen sehr erwünscht. Wir bitten die Gehilfenmitglieder der Fachauschüsse, dafür besorgt zu sein, daß alle wichtigen Drucksachen, die sich auf die Durchführung der Lehrlingsordnung beziehen, möglichst bis zum 15. Mai an den Verbandsvorstand eingelangt werden.

Starke Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften. Der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, zufolge hatten die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband angehörenden 35 Zentralverbände am Schlusse des Jahres insgesamt 4 809 732 Mitglieder. Wegen das Vorwärtstums ist eine Zunahme von 108 426 gleich 2,3 Proz.

zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ist um so bemerkenswerter, als nach den bisher gemachten Erfahrungen der vierte Abschnitt des Jahres für die gewerkschaftliche Entwicklung nicht besonders günstig ist. Seit dem Ende des Jahres 1927, also im Laufe des Jahres 1928, hat der ADGB rund 150 000 Mitglieder gewonnen. Das bedeutet eine Erhöhung des Mitgliederstandes um 10 Proz. Den ersten Platz in dieser Aufwärtsbewegung nimmt der Metallarbeiterverband ein, der seine Mitgliederzahl von 815 838 Ende 1927 auf 941 310 am Schlusse des Jahres 1928 steigerte. Hat der Mitgliederzuwachs in den vier Monaten dieses Jahres sich im Durchschnitt des vorjährigen Grades bewegt, dann ist die Zahl von fünf Millionen freigewerkschaftlicher organisierter Arbeiter jetzt schon um nahezu 10 000 überschritten!

25 Jahre Technikergewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung der technischen Angestellten ist im Vergleich zur Arbeiterbewegung verhältnismäßig jung. Zwar bestand schon seit 1884 ein Zusammenschluß von Technikervereinen im Deutschen Technikerbund. Aber gewerkschaftlichen Charakter besaß dieser, Unternehmer und Angestellte umschließende Verband noch nicht. Erst 20 Jahre später befruchtete die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Übergang zum Großbetrieb, mit der Einrichtung großer technischer Büreaus das Eindringen gewerkschaftlicher Ideen in die Köpfe der technischen Angestellten. Die Gründung des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Berlin im Mai 1904 war daher der Ausdruck einer natürlichen Entwicklung. Die Einstellung dieses Bundes auf rein gewerkschaftliche Gedankengänge und eine sehr züchtige Agitation brachte ihm eine sehr schnelle Aufwärtsentwicklung im ganzen Reiche. Andererseits zog er sich die Gegnerschaft der Unternehmer zu, die es nicht dulden wollten, daß die bisher von ihnen als eigene Hilfsarmee gegenüber den Arbeitern angesehenen und von diesen dafür höflich als „Stiefkinderproletarier“ bezeichneten Angestellten nun eigene Wege gingen, die sie folgerichtig an die Seite der Arbeiter führen mußten. Daraus resultierten dann zwangsläufig die Koalitionsrechtskämpfe des Bundes, deren erster vom Verband Bayerischer Metallindustrieller ausgehend im Jahre 1907 großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte.

Der Reichsarbeitsminister gegen Sozialreaktion und Gelfe. Gelegentlich der am 28. April fortgesetzten Beratung des Haushaltssetzes des Reichsarbeitsministeriums wandte sich Minister Wiestel in bemerkenswerter Weise gegen den von der Rechten entfachten Sturm gegen Sozialversicherung und Sozialpolitik. Er wandte sich insbesondere gegen die in einer von deutschnationaler Seite herausgegebenen Broschüre gemachten Vorwürfe zum Abbau der Sozialversicherung. Bei diesen Vorwürfen wurde übersehen, daß mit der Güterwirtschaft auch die Menschewirtschaft verbunden sei. Ohne Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft in voller Leistungsfähigkeit sei eine nutzbringende Wirtschaft nicht möglich. Sozialpolitik sei nicht Beiwert, sondern ein wesentlicher Teil der Produktionspolitik. Manche Gebiete der Sozialpolitik bedürften dringend des Ausbaues. Nicht sparen statt Versicherung, sondern durch Versicherung und wenn möglich auch daneben. Gegen die wirtschaftsfeindlichen Gruppen, so erklärte der Minister, habe sich längst selbst die deutschnationale Arbeiterlagung ausgesprochen und sie als bedeutungslos und von fähigem Vorgehen erfüllt bezeichnet. Das Reichsarbeitsministerium könne die auf den Betrieb eines Unternehmers beschränkten Wertvereine nicht als unabhängig und nicht als tariffähig anerkennen. Das bekannte Urteil des Reichsarbeitsgerichts enthalte allerdings eine gewisse Anerkennung der gelben Vereine; aber schon durch ihre Beschränkung auf den eignen Verbumfang, scheiden sie aus dem Bereich der modernen Organisation aus. Ich kann die Auffassung des Reichsarbeitsgerichts nicht teilen, daß der vom Reichsbund der vaterländischen Arbeiter- und Wertvereine gewährte moralische und materielle Rückhalt ausreichen könnte, um ihre Selbstständigkeit gegenüber dem Unternehmer zu wahren, sie also tariffähig seien. Die „Wirtschaftsfeindlichen“ sind lediglich eine Fortsetzung der gelben Verbände aus der Vorkriegszeit, deren Unfähigkeit zum Unternehmertum auch in dem Abkommen vom 15. November 1918 anerkannt worden ist. Es besteht nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, daß sich in ihrem Wesen auch nur das geringste geändert hat. Die Ablehnung im Statut kann nicht so maßgebend sein, wie die Gesamtstimmung.

Erhöhung des Reichsbauabstandes. Vom Reichsbauabstand ist am 25. April beschlossen worden, den Diszontsatz von 6 1/2 auf 7 1/2 Proz., den Lombardsatz von 7 1/2 auf 8 1/2 Proz. mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Schon bei früherer Gelegenheit haben wir dargelegt, daß diese Maßnahme eine Verteuerung des Geldes bedeutet, wodurch das gesamte Wirtschaftsleben unangenehm beinträchtigt wird, obwohl auch nicht zu verkennen ist, daß ein im Vergleich zu den Diskontverhältnissen im Auslande niedriger deutscher Reichsbauabstand als offizieller Zinsmaßstab eine Erschwerung ausländischen Kapitalzuflusses und selber auch eine „Flucht“ deutscher Kapitalien nach dem Auslande begünstigt. Nur soweit die jegliche Erhöhung des Reichsbauabstandes diese Nachteile verhindern kann, wird man sie daher als notwendiges Übel in Kauf nehmen müssen.

Der Grad der Leistungssteigerung. Im Rahmen der von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen kürzlich veranstalteten Tagung „Wohnungswirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bauen“ sprach Professor Dr. Fiebig über das Thema „Der Nationalisierungsgedanke in der Wirtschaft“. In diesem Vortrag machte der Redner über den Grad der Leistungssteigerung recht interessante Angaben. Die reale Leistung pro Kopf des Beschäftigten betrug in Amerika, wenn man 1899 gleich 100 setzt, im Jahre 1926 für die Landwirtschaft 146, für die Industrie im ganzen 301, für den Bergbau einschließlich Hügengewinnung 361. Auch in Deutschland sind seit der Stabilisierung bedeutende Leistungssteigerungen erzielt worden. So hat, wenn man 1913 gleich 100 setzt, die Leistung pro Kopf des Beschäftigten im Ruhrbergbau trotz Verkürzung der Arbeitszeit 124 erreicht, im Kaliberbau 162 und bei der Kraftfahrzeugherstellung 260. Im Bau- und Gewerbe ist die Leistungssteigerung je Kopf nicht sicher fest-

